



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/158 - 14.7.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Die Mahnung von Leipzig	S. 1
USA - UNO - Peking	S. 3
Um die Hilfe für politische Flüchtlinge	S. 5
"Die neue Gesellschaft" - Zeitschrift der Linken	S. 7

Die Wandlung der Evangelischen Kirche

Von Ludwig Metzger, MdB

Die Evangelischen Kirchentage sind aus der Evangelischen Laienbewegung erwachsen. Durch sie wird in besonderer Weise deutlich, wieviel sich in der Evangelischen Kirche gewandelt hat. Fragen, die früher weitab von jeder kirchlichen Diskussion gelegen haben, sind auf diesen Tagen aufgegriffen worden. Und das Bedeutsame ist, dass man an diese Fragen mit einer großen Unvoreingenommenheit herangeht. Nachdem in der Zeit, in der auch die Kirche und die Christen verfolgt worden sind, immer klarer geworden ist, dass der Christ sich nicht mit einer individuellen Seelsorge begnügen darf, dass er vielmehr den Bruder in allen Lebenslagen und in den Bezogenheiten auch des gesellschaftlichen Lebens sehen muss, ist man den schwierigsten Problemen des Lebens in unserer Zeit immer mehr zu Leibe gerückt.

Wer hätte gedacht, dass ein Kirchentag in Leipzig möglich sei? Sahen es viele in unserem Volke nicht als ein Wagnis an, das die Grenze des Erlaubten überschritt, deswegen mit den Sowjetzonenmachthabern zu verhandeln? Würden da nicht untragbare Konzessionen nötig sein, gab es da nicht tausend Bedenken? Der Präsident des Kirchentags und seine Helfer haben sich großzügig über diese Bedenken hinweggesetzt. Vertrauen, das aus dem Glauben kam, war ihnen mehr als allzuvielen Überlegen, das nicht zur Tat kommen liess. Sie haben mit ihrem Glauben recht behalten.

Der Kirchentag in Leipzig ist ein großes Ereignis geworden. Wenn der Präsident des Kirchentages der Leipziger Stadtverwaltung bei dem Eröffnungsgottesdienst auf dem Wilhelm-Leuschnerplatz für ihre tatkräftige Hilfe ausdrücklichen Dank sagte, so passte das in die Atmosphäre dieser Tage, von der die vielen Tausenden, ja die Hunderttausende erfasst waren, nämlich um Gottes und der Wahrheit willen richtig zu sehen und offen, ohne Scheuklappen, aber auch ohne Furcht zu reden. Das kann gesagt werden: es wurde offen geredet. Aber es wurde nicht nur offen, es wurde auch aus einer tiefen Verantwortung geredet.

Auf dem Kirchentag kamen evangelische Christen zusammen, weil sie ihr gemeinsamer Glaube verband und weil sie diesen Glauben bezeugen wollten. Da aber christlicher Glaube nicht im luftleeren Raum schwebt, sondern seine Verwirklichung im Konkreten sucht, wenn er echt ist, konnten Wirkungen von nicht zu unterschätzender Tragweite nicht ausbleiben. Dieser Kirchentag wurde eine Demonstration der Verbundenheit des deutschen Volkes. Die Vertreter der Ökumene, der Kirchen aus der ganzen Welt, haben das gesehen und zum Ausdruck gebracht. So steht mit Recht immer wieder befürchtet wurde, dass das deutsche Volk diesseits und jenseits des eisernen Vorhanges in der Gefahr ist, sich auch geistig auseinanderzuleben, so sehr wurde deutlich, wie stark und tragfähig die gemeinsame Basis ist. Gerade deshalb hat das Gemeinsame so überzeugend gewirkt, weil es nicht aus einer nationalistischen oder konfessionellen Überheblichkeit, sondern aus einer christlichen Dienstbereitschaft (mit der das Wort Demut etwas zu tun hat) kam. Für die Menschen in der sowjetisch besetzten Zone waren diese Tage eine ungeheure Stärkung - eine Stärkung auch in dem Sinne, dass sie neuen Mut bis zum Tage der Wiedervereinigung gefunden haben.

Dass diese Wiedervereinigung nicht mit Gewalt bewirkt werden kann, ist eine selbstverständliche Voraussetzung gewesen. Wie hätte es auch anders sein können? Die Überzeugung von der Macht des aus dem Glauben kommenden Gesprächs war ja schließlich die Voraussetzung für das Zustandekommen des Leipziger Kirchentags. Ohne das immer erneut geführte Gespräch hätten die Schwierigkeiten, die zunächst der Verwirklichung dieses Wagnisses entgegenstanden, nicht überwunden werden können. Wer wollte bestreiten, dass alles das uns auch politisch etwas zu sagen hat?

Am letzten Tag, einem Sonntag, waren zum Schlußgottesdienst nach Schätzung der Leipziger Volkspolizei 650 000 Menschen zusammengeströmt. Freiwillig und auf eigene Kosten sind sie - zum großen Teil von weiterher - gekommen. Manch einer mag aufgehört haben, dass das möglich war. Sehr viele junge Menschen waren dabei. Ja, sie waren mit die eifrigsten. Sie haben das freie Reden noch nicht verlernt. Auch als der Kultusminister Becker im Stadtverordneten-saal des Rathauses zu einer Diskussion einlud, waren sie zur Stelle und sagten mutig ihr Wort.

"Seid fröhlich in Hoffnung" war die Losung des Kirchentages. Das, was wir dort erlebt haben, war dazu angetan, die Richtigkeit dieser Losung zu bekräftigen. Die "Freiheit eines Christenmenschen" ist eine stärkende Wirklichkeit. Es ist gut in der heutigen Zeit, etwas von ihr zu erfahren.

Krowland bestimmt die amerikanische Außenpolitik

O.L., New York, Mitte Juli

Der Führer der Republikaner im Senat, Senator Knowland, hat einen weiteren unzweifelhaften Erfolg in der Beeinflussung der amerikanischen Außenpolitik errungen. Seine Antwort auf Churchills Besuch und auf die Haltung Edens in den Genfer Verhandlungen war eine neue Offensive gegen jeden Kompromiss im Fernen Osten, insbesondere gegen eine Zulassung der chinesischen Regierung in die Vereinigten Nationen. Diese Offensive hat den Erfolg gehabt, neue, sehr entschiedene Erklärungen Eisenhowers und Dulles gegen alle Pläne einer Zulassung der chinesischen Regierung in die Weltorganisation hervorzurufen und den Widerstand der amerikanischen Diplomatie gegen einen derartigen Mehrheitsbeschluss mit der Stimmen anderer Mitglieder der UN zu verschärfen.

So hat sich Außenminister Dulles genötigt gesehen, anzukündigen, dass die Vereinigten Staaten von ihrem Veto im Sicherheitsrat Gebrauch machen würden, falls ein Beschluss auf Zulassung Chinas gefasst werden sollte. Damit sind die Aussichten auf einen Kompromiss im Fernen Osten, das China einen Sitz in den Vereinigten Nationen geben würde, sehr wesentlich reduziert worden. Denn gegen einen entschiedenen Widerstand der Vereinigten Staaten werden manche Staaten, die sonst bereit gewesen waren, für China zu stimmen, nicht das Risiko auf sich nehmen, gegen die offizielle amerikanische Diplomatie zu rebellieren -- abgesehen von der formaljuristischen Gewalt, die einem Veto eines der großen "Fünf"-- zu denen merkwürdigerweise China, nämlich gegenwärtig die Formosa-Regierung Chiangs gehört - innewohnt.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass es sich hier um einen vorbeugenden Schachzug gegen die Durchführung der Politik handelt, die Churchill bei seinem Besuch in Washington vertreten hat. Auch ist der Beschluss des amerikanischen Repräsentantenhauses gegen Wirtschaftshilfe an Fern-Ost-Länder, die Locarno-ähnliche, also Nichtangriffs-Pakte mit kommunistisch regierten Ländern abschließen, eine deutliche und wenig diplomatische Absage an Außenminister Edens Vorschläge.

Es ist ein Sieg Knowlands -- ebenso wie es sein Erfolg war, dass Außenminister Dulles sich nach der Berliner und vor der Genfer Konferenz genötigt sah, sich für die Einladung Chinas zu entschuldigen und vor Genf feierlich zu erklären, dass eine Zulassung Chinas zu den Vereinten Nationen im Zuge der Genfer Konferenz nicht in Frage komme.

Knowland hat freilich mehr verlangt: er wollte durchsetzen, dass die Vereinigten Staaten sich von der UN zurückziehen, falls China zugelassen werden sollte. Das würde die Zerstörung der Weltorganisation und die Rückkehr der USA in die Isolation bedeuten. Um diese Gefahr zu bannen, haben Eisenhower und Dulles ihre Erklärungen gegen die Zulassung Chinas erneuert. Und aus Besorgnis vor solchen Konsequenzen wird so manche Delegation in den UN gegen China stimmen. Man darf also die Geschicklichkeit der so undiplomatisch anmutenden Diplomatie Knowlands nicht unterschätzen. Ob er seine weitergehende Drohung selbst ernst gemeint hat oder nicht, - sie hat gewirkt.

Aber es wäre falsch, wollte man meinen, es sei eine Extratour von Knowland allein gewesen, der dieser Erfolg beschieden war. Der Führer der Demokraten im Senat, der konservative Johnson aus Texas, hat Knowland voll unterstützt und mancher Demokrat dürfte mit ihm gegangen sein - ebenso wie die wirklich internationalistisch gesinnten Republikaner gegen Knowlands Austrittsdrohung waren. Aber in der Frage der Zulassung Chinas in die Vereinten Nationen gibt es in der amerikanischen Öffentlichkeit keine vernehmbare Stimme, die sich etwa zu Churchills Ansicht bekennen würde. Was die einzelnen selbst denken mögen, ist nicht bekannt. Tatsache ist, dass bei der gegenwärtigen Stimmung jeder amerikanische Politiker, der sich etwa für die Zulassung Chinas zu den Vereinten Nationen aussprechen würde, erledigt wäre. Das ist wenigstens die allgemeine Meinung und da niemand den Versuch macht, sie zu überprüfen, ist es ein unbestrittenes Gebot der Selbsterhaltung für jeden Politiker, die öffentliche Meinung der Knowland und McCathys nicht herauszufordern.

+ + +

Nicht die Opfer des Kalten Krieges vergessen

Der ersten Entlassungsaktion von politischen Häftlingen ließen die sowjetischen Behörden in diesen Tagen eine zweite folgen. Diese Opfer des Kalten Krieges bedürfen in erhöhtem Maße der tatkräftigen Hilfe durch die Bundesrepublik.

Als sich im Januar dieses Jahres die Tore der mitteldeutschen Konzentrationslager Bautzen, Waldheim, Torgau, Brandenburg, Hoheneck und Untermaarfeld überraschend öffneten, gab es auf beiden Seiten des Zonenvorhangs unter der Bevölkerung Freude und Genugtuung. 6 143 sogenannten "Spionen, Agenten und Diversanten", die von sowjetischen Militärgerichten bis auf wenige Ausnahmen zu 25 Jahren Arbeitslager

verurteilt worden waren, wurden nach einem Beschluß der Moskauer Regierung die weitere Verbüßung ihrer - wie es hieß "gerechten" Strafe erlassen. Dass die meisten dieser noch einmal Davongekommenen auf schnellstem Wege in die Bundesrepublik flüchteten, kann nicht wundernehmen. Ohne große Umstände wurden die Ankömmlinge im Notaufnahmeverfahren als politische Flüchtlinge anerkannt - eine Selbstverständlichkeit freilich, denn wer dürfte auch einer Gefahr für Leib und Leben mehr ausgesetzt gewesen sein, als diese geschundenen Opfer des kommunistischen Terros?

Die Behörden des Bundes wie der Länder sind sich von vornherein darüber klar gewesen, dass es mit der Notaufnahme allein nicht sein Bewenden haben kann. Die ehemaligen politischen Häftlinge wurden demzufolge nach § 1, Absatz 4 des Heimkehrergesetzes den Heimkehrern aus Kriegsgefangenschaft gleichgestellt. Damit war erst einmal der wichtigste Schritt getan: Sie dürfen alle sozialen Leistungen, die das Gesetz vorsieht, in Anspruch nehmen.

Der Ausschuss des Bundestages, der sich mit der Lage der geflüchteten politischen Häftlingen befasst, wird vor allem feststellen müssen, ob das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz auf die Heimkehrer aus sowjetischen Konzentrationslagern anwendbar ist oder nicht. Denn - und das muss noch einmal deutlich gesagt werden, weil es in der Öffentlichkeit darüber viele Mißverständnisse gibt - Heimkehrergesetz und Entschädigungsgesetz sind zwei verschiedene Dinge. Während das Heimkehrergesetz in § 1, Abs. 4 bestimmt, dass Deutsche, die in der sowjetischen Besatzungszone oder im sowjetischen Sektor von Berlin interniert waren, als Heimkehrer gelten, erkennt das Entschädigungsgesetz nur diejenigen als entschädigungsberechtigt an, die im ursächlichen Zusammenhang mit den Kriegsereignissen von einer ausländischen Macht festgehalten wurden. Das sind also Soldaten aller Waffengattungen, Angehörige des Volksturms, der Feldgendarmarie, der Heimatlak, Wehrmachtsbeamte, SS-Angehörige, Sonderführer und Wehrmachtshelfer, sofern sie nach dem 31. Dezember 1946 entlassen worden sind. Entschädigt werden auch Angehörige des Arbeitsdienstes, der OT, des Faustabes Speer und der Polizei, Notdienstverpflichtete und Krankenpflegepersonal. In das Gesetz einbezogen sind ferner Deutsche, die ein Zwangsarbeitsverhältnis eingehen mußten, Verschleppte und im Ausland Internierte. Hält man sich streng an den Gesetzestext, werden auch die von den Westalliierten als Kriegsverbrecher Verurteilten entschädigt werden müssen. Es wird also selbst dieser Personenkreis einbezogen, wenn

nicht Rechtsverordnungen und Durchführungsbestimmungen zum Gesetz den Entschädigungsanspruch in besonderen Fällen abweisen.

Bevor aber nicht auf Bundesebene eine grundsätzliche Klärung erfolgt, wird von den Ländern aus nichts entschieden werden können. Dass die Sowjetzonenhäftlinge aus ausländischem Gewahrsam kommen, wird man nicht bestreiten wollen. Die 6 143, von denen hier die Rede ist, wurden von den Militärgerichten der Sowjets verurteilt, jahrelang von Sowjetsoldaten bewacht und schließlich auf einen Moskauer Erlass hin amnestiert. Umstritten bleibt eigentlich nur die Auslegung der Gesetzesformel, die von dem ursächlichen Zusammenhang der Internierung mit den Kriegsereignissen spricht.

Es wird nicht einfach sein, hier zu einer Klärung zu kommen: einerseits hat eine politische Haft in der Sowjetzone tatsächlich nichts mit den Ereignissen des letzten Krieges zu tun, andererseits wiederum steht, strenggenommen, unser ganzes gesellschaftliches Leben im zerteilten Deutschland im sehr schmerzhaften und durchaus ursächlichen Zusammenhang mit dem Krieg. Der Ausschuss des Bundestages wird beraten müssen, ob man eine Novelle zum Gesetz ausarbeiten sollte, die eine brauchbare Definition zulässt, oder ob es vielleicht zweckmäßiger ist, für die geflüchteten politischen Häftlinge ein eigenes Haftentschädigungsgesetz zu schaffen. Es ist weiter zu klären, wie alle anderen politischen Häftlinge, die in den letzten Jahren von der Pankower Regierung verurteilt wurden - z.B. die Opfer des 17. Juni - zu behandeln sind, wenn sie in die Bundesrepublik flüchten.

Bund und Länder sind sich einig in der Auffassung, dass es allein schon aus politischen Gründen notwendig ist, den Opfern des Kalten Krieges zu helfen. Sie haben nicht nur die gleichen Entbehrungen tragen müssen, wie die Kriegsgefangenen in Rußland, ihr Gesundheitszustand ist in der Regel nicht nur sehr viel schlechter - es muß vor allem anerkannt werden, dass ihre Einsperrung in den meisten Fällen darum erfolgte, weil sie die Grundsätze der Demokratie verteidigten und sich gegen die Bolschewisierung Mitteldeutschlands wehrten.

Mit besonderer Aufmerksamkeit wird die Bevölkerung der Sowjetzone verfolgen, was die Bundesrepublik für die Opfer des Kalten Krieges zu tun bereit ist.

"Die neue Gesellschaft" - Stimme der Linken

C.G. Zeitschriften gibt es genügend in der Bundesrepublik, wenige aber können sich dem heute herrschenden Klima des Konformismus entziehen. In diesen Tagen ist das erste Heft einer neuen Zwei-Monatsschrift erschienen, die die Probleme unserer Gesellschaft wissenschaftlich untersuchen will, nicht voraussetzungslos und unverbindlich, sondern von einem klar bezeichneten Standpunkt aus, von links. Die Herausgeber der Zeitschrift sind Sozialdemokraten, sie ist aber nicht Sprachrohr der SPD.

Dieses offene Bekenntnis, das im Vorwort der Herausgeber steht, wirkt erfrischend. Mit offiziellen Organen und "Bülletins" läßt sich nicht diskutieren, läßt sich kaum "aussprechen, was ist". Die deutsche Linke kann heute weniger denn je in Parteifronten eingeordnet werden. Eine unabhängige Zeitschrift jedoch kann zum Kristallisationszentrum für all jene werden, die sich von der Restauration nicht gleichschalten lassen wollen. Im ersten Heft der "Neuen Gesellschaft" ist mit Beiträgen von Autoren wie Walter Dirks und Kurt Hiller die Spannweite umrissen, die notwendige Voraussetzung ist, um diesem Ziele näherzukommen. Ein Aufsatz des früheren schwedischen Finanzministers Ernst Wigforss weist in die internationale Blickrichtung: Überwindung des bundesrepublikanischen Provinzialismus tut der Deutschen Linken nicht weniger not als der Kampf gegen die neoliberale Idylle im Innern.

Selbstverständlich darf sich eine Zeitschrift der Linken nicht in der Polemik und der Negation erschöpfen. Der Name "Neue Gesellschaft" verpflichtet zur Arbeit am Bild einer Gesellschaft, die entgegen dem Talmiglanz von heute Freiheit und Gerechtigkeit auf allen Lebensgebieten verwirklichen und nicht nur verkünden will. Die "Neue Gesellschaft" ist damit auch und vor allem ein Stück Bemühung um das theoretische Selbstverständnis des demokratischen Sozialismus in unserer Zeit. Schon die Aufsätze des ersten Heftes (Gerhard Weisser "Krise der Bewegung oder Krise ihrer Lehre?", Walter Dirks "Weg zur Analyse und Utopie", Ernst Wigforss "Gleiche Startchancen für alle", Kurt Hiller "Das Soll des Sozialismus im Rest des Jahrtausends", Wolfgang Abendroth "Demokratie als Institution und Aufgabe", Gisbert Rittig "Sozialismus und Liberalismus", Gerhard Szczesny "Die halbierete Demokratie") sind Schritte auf diesem Wege.

Das Programm der künftigen Folgen der Zeitschrift mit Stellungnahmen zum Thema "Wissenschaft, Bildung, Politik", zur Problematik des politischen Katholizismus, zu den politischen und soziologischen Folgen des Atomzeitalters, zu Fragen des modernen Bauens, zur Situation des Menschen im industriellen Betrieb zeigt, daß man auch heiße Eisen nicht scheuen will. Dieses Programm zeigt darüber hinaus, daß die deutsche Linke in der "Neuen Gesellschaft" eine feste und breite Plattform für geistige Auseinandersetzungen finden wird.

("Die Neue Gesellschaft", herausgegeben von Dr. Fritz Bauer, Willi Eichler, Dr. E. ich Potthoff und Prof. Dr. Otto Stammer, Verlag Neue Gesellschaft, Bielefeld, Pressehaus, Schriftleitung: Ulrich Lohmar, Köln-Niehl, Graditzerstr. 3).

Verantwortlich: Peter Raunau